

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (18. Jahrgang, Nr.01 Januar 2024)

**besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)**

Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.

*George Bernard Shaw, irischer Dramatiker, 1856-1950*

### Amazon ist zu mächtig und muss zerschlagen werden Rechtsgutachten zeigt Probleme von Monopolmacht des Tech-Konzerns

Die Infrastruktur einiger weniger Tech-Konzerne bestimmt unseren Alltag - ob beim Online-Shopping oder in den sozialen Medien - überall können diese Konzerne die Regeln nach Belieben bestimmen. Die Rede ist von Amazon, Meta, Google & Co. Ihre Macht ist viel zu groß. Wir sind als Gesellschaft abhängig von „Big Tech“.

#### Ampelkoalition schafft neue Instrumente gegen Monopolmacht

Das schränkt auch die Handlungsfähigkeit der Politik ein und macht es immer schwieriger, die Macht der Tech-Konzerne durch Regulierung einzudämmen. Doch nun gibt es neue Möglichkeiten, um uns aus der problematischen Abhängigkeit von „Big Tech“ zu befreien. Die Ampelkoalition hat - mit unserer Rückendeckung - das Kartellrecht reformiert. Sie hat dem Bundeskartellamt neue Instrumente an die Hand gegeben, um die Monopolstellung von Konzernen aufzubrechen. Die Wettbewerbshüter aus Bonn können damit fortan gegen globale Monopolunternehmen vorgehen.

#### Bundeskartellamt sollte handeln

In unserem Rechtsgutachten, das wir Anfang November vorgestellt haben, zeigen wir am Beispiel von Amazon, wie die Macht des Konzerns zerschlagen werden kann und muss. Das Gutachten hat die Kanzlei Schulte Rechtsanwälte in unserem Auftrag erstellt. Amazon hat eine Monopolstellung als Online-Händler und im E-Commerce, die durch andere Geschäftsbereiche wie den Cloud-Service gestützt wird. Um die strukturelle Monopolstellung zu beheben, schlägt das Gutachten vor, Amazon entlang der Geschäftsbereiche aufzuspalten: in Einzelhandel, Dienstleistung gegenüber Drittverkäufern (Marketplace), Cloud (Amazon Web-Services), Smart Home Devices (Echo & Alexa) und Logistik. Noch können wir Amazons Monopolmacht aufbrechen. Mit unserem Gutachten machen wir jetzt weiteren öffentlichen Druck dafür, dass das Bundeskartellamt seine neu gewonnenen Instrumente auch nutzt.

#### Wachsende Lobbymacht von Amazon, Google & Co. In der EU

Mehr als 113 Millionen Euro jährlich geben Tech-Konzerne für Lobbyarbeit in Brüssel aus. Das hat unsere

neue Auswertung zur Lobbymacht der Digitalindustrie ergeben. 2021 hatten wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Corporate Europe Observatory erstmals eine Studie dazu veröffentlicht.

Unsere neue Auswertung zeigt: Die Lobbymacht der Digitalindustrie steigt deutlich an. Am stärksten legen dabei Meta, Amazon & Co. zu – die Top 10 der Digitalkonzerne gaben zusammen allein 40 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus und übertrafen damit die Top-10-Unternehmen aus Auto- und Finanzlobby. Der Konzern mit den höchsten Ausgaben insgesamt ist Meta (ehemals Facebook). Das Unternehmen steigerte seine Lobbyausgaben von 5,5 auf 8 Millionen Euro pro Jahr“.

Dass sich immer mehr Lobbymacht bei wenigen Tech-Riesen konzentriert, ist besorgniserregend. Wir brauchen strengere Regeln gegen einseitigen Lobbyismus und eine ambitionierte Durchsetzung des Digital Markets Act. Es ist Zeit, die Macht von Amazon, Meta & Co. zu begrenzen!

*aus: Rundbrief von Lobby Control vom Dezember 2023*

#### Presseinformation:

#### Diakonie Hamburg startet mutige Kampagne zur Stärkung des Pflegeberufs

Mit ihrer neuen Personalkampagne schlägt die Diakonie Hamburg den bisher buntesten Weg ein, um Vorurteile gegenüber dem Pflegeberuf zu entkräften und die Arbeitgebermarke der Organisation zu stärken. Im Rahmen ihres umfassenden „Employer-Branding-Konzepts“ lanciert die Diakonie unterschiedliche Motive, die Vielfalt und Authentizität widerspiegeln.

#### SOS – Ambulante Pflegedienste in Gefahr

Die wirtschaftliche Lage der ambulanten Pflegedienste in Deutschland spitzt sich immer weiter zu. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage der Diakonie Deutschland unter ihren ambulanten Pflegediensten und Diakoniestationen.

So schätzen 72,7 Prozent der befragten ambulanten Pflegedienste ihre wirtschaftliche Situation als angespannt ein. 54 Prozent haben bereits im Jahr 2022 mit einem Jahresdefizit abgeschlossen. 62 Prozent erwarten für das Jahr 2023 ein Ergebnis im Minusbereich. Etwa ein Drittel der ambulanten Pflegedienste hat nur noch eine Liquiditätsreserve von drei Monaten oder weniger. Fast jeder zehnte Dienst sieht seine Situation als existenziell so gefährdet an, dass er möglicherweise in den nächsten zwei Jahren schließen muss.

"Die Umfrage ist ein Alarmsignal. Die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen ist akut gefährdet. Denn ambulante Pflegedienste sind eine unverzichtbare Säule unseres Gesundheitssystems", sagt Diakonie-Sozialvorständin Maria Loheide. Von den rund 4,9 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden 84 Prozent zu Hause versorgt. Davon nehmen rund 30 Prozent Pflegesachleistungen durch einen ambulanten Pflegedienst in Anspruch. Die übrigen 70 Prozent werden teilweise ebenfalls durch ambulante Pflegedienste im Bereich der häuslichen Krankenpflege versorgt.

Zentrale Ursachen der schlechten Wirtschaftslage sind nach Angabe der befragten Dienste der Fachkräftemangel, die wegen der gestiegenen Personal- und Sachkosten nicht mehr ausreichende Vergütung, aber auch der Zahlungsverzug der Kostenträger. "Die Kranken- und Pflegekassen, aber auch viele Kommunen als Sozialhilfeträger lassen sich bei der Bezahlung von Rechnungen sowie bei den Vergütungsabschlüssen zu viel Zeit", kritisiert Loheide: "Steigende Personalkosten aufgrund von Tarifsteigerungen oder sehr hoher Krankenstände werden von den Kostenträgern nicht oder zu spät anerkannt. Das gleiche gilt für die wegen der hohen Inflation deutlich höheren Sachkosten. Dies alles zusammen treibt die Dienste in eine existenzielle Krise". Fatal sei, dass pflegebedürftige Menschen die Leistungen der ambulanten Pflegedienste reduzierten oder abbestellten, weil die Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichten, um die Pflege weiter im bisherigen Umfang zu finanzieren. Die Diakonie Deutschland fordert Sofort-Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der ambulanten Pflegedienste: "Die Pflegedienste können nicht dauerhaft in Vorleistung gehen. Wir brauchen eine bessere Zahlungsmoral. Tarifsteigerungen müssen in den Vergütungen umgehend berücksichtigt werden, Vergütungsverhandlungen dürfen nicht verschleppt werden", so Diakonie-Sozialvorständin Loheide. Die Bundespolitik müsse umgehend die Situation der Pflegedienste in einem flächendeckenden Monitoring erfassen, die bürokratischen Anforderungen an die Dienste verringern – und nicht zuletzt die Sachleistungen der Pflegeversicherung an den heutigen Bedarf und die deutlich gestiegenen Kosten anpassen.

Nur wenn die Pflegedienste ausreichend finanziert werden, können sie die erforderlichen Fachkräfte gewinnen", sagt Loheide: „Wenn die wirtschaftliche Sicherung der Dienste misslingt, bekommt Deutschland ein massives Problem bei der Versorgung der pflegebedürftigen Menschen." *Information von Diakonie Deutschland*

## Schluss mit der Diskriminierung Petition für die Abschaffung der kirchlichen Sonderregeln

Über 21.000 Menschen haben bis Mitte September die von ver di\_Aktiven gestartete Petition »Gleiches Recht für kirchlich Beschäftigte« unterzeichnet.

### Worum geht es dabei?

Wir fordern, dass die Bundesregierung die Diskriminierung der rund 1,8 Millionen Beschäftigten von Kirchen, Diakonie und Caritas endlich beendet. Das Betriebsverfassungsgesetz gilt für sie nicht. Und Sonderregeln im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben zum Beispiel zur Folge, dass kirchlich Beschäftigte ent-

lassen werden können, wenn sie aus der Kirche austreten. Das ist schlicht Diskriminierung und ein Verstoß gegen EU-Recht. Dass sich die Kirche so etwas herausnehmen kann, ist für niemanden mehr nachvollziehbar. Damit muss Schluss sein.

### An wen richtet sich die Petition?

An den Gesetzgeber. SPD, Grüne und FDP haben erstmals in einem Koalitionsvertrag vereinbart, das besondere kirchliche Arbeitsrecht zu überprüfen. Für uns ist klar: Es gehört abgeschafft.

Können Beschäftigte die Petition unterstützen, die selbst nicht bei einem kirchlichen Träger arbeiten? Ja, und das sollten sie auch - aus Solidarität und in ihrem eigenen Interesse. Wenn 1,8 Millionen Beschäftigte keine vollen Mitbestimmungsrechte haben, schwächt das die Demokratie. Die betriebliche Mitbestimmung ist in kirchlichen Einrichtungen weniger wirksam als in weltlichen. Und sicher kein Zufall: Das Wort Gewerkschaften kommt in keiner der kircheneigenen Regelungen zur Mitbestimmung vor. Dabei ist die Gewerkschaft für die Interessenvertretungen ein wichtiger Partner, mit dem sie an Durchsetzungskraft gewinnen.

aus: verdi-mittendrin, Okt.-Dez. 2023

### Leserbrief

Liebe DAGSe,

ich möchte Euch von DAGS zum Ende des Jahres ausdrücklich ein Dankeschön schreiben, dass Ihr uns immer wieder an wichtigen Punkten auf dem Laufenden haltet. In der aktuellen Ausgabe hat mir besonders gefallen, dass Ihr Anette Kurschuss klare Aussagen vor Staat und Kirche ausführlich wiedergibt. Hoffentlich wird jetzt nach ihrem Rücktritt in ihrem Sinn da weitergearbeitet und nichts verwischt.

Der Redaktion ein getrostes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2024!

Euer Bruder Ulfrid Kleinert

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgers wieder.**

**Beiträge und Anregungen bitte an**

**Klaus Herrmann,  
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:  
12.02. und 11.03.2024  
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr  
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

## Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe

*Jahreslosung 2024 aus 1. Korinther 16,14*

**Junger Wein gehört in neue Schläuche.**

*(Monatsspruch für Januar 2024 aus Markus 2,22)*

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
31 Januar 2024